

Titel der Drucksache:

**Kommunale Verpackungssteuer sozial gerecht:
Einnahmepotenziale für Preise und Qualität
bei KiGa- und Schulessen**

Drucksache

1179/25

Stadtrat

Entscheidungsvorlage

öffentlich

Beratungsfolge	Datum	Behandlung	Zuständigkeit
Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben	21.05.2025	öffentlich	Vorberatung
Stadtrat	25.06.2025	öffentlich	Entscheidung

Beschlussvorschlag

01

Der Stadtrat stellt fest, dass sich im Zusammenhang mit der Prüfung der Einführung einer Verpackungssteuer sich dauerhafte Einnahmepotenziale der Landeshauptstadt erhöhen könnten. Diese Einnahmepotenziale sollten hinsichtlich einer sozial gerechneten Verwendung entsprechenden der nachfolgenden Punkte verwendet werden. Die Prüfergebnisse werden im III. Quartal 2025 angelehnt an die Prüfung Verpackungssteuer vorgelegt.

02

Die Stadtverwaltung prüft, ob mit Mehreinnahmen aus einer Verpackungssteuer in allen Erfurter Kindergärten ein Zuschuss bzw. Absenkung der Verpflegungsentgelte in Kindergärten/Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege sichergestellt werden kann.

03

Die Stadtverwaltung prüft, inwieweit sich aus den Einnahmen aus einer Verpackungssteuer Spielräume für die Gegenfinanzierung einer breit aufgestellten Qualitätsverbesserung der Verpflegung, insbesondere mit Fairtrade und Bio-Offensive, in Erfurter Kindergärten/Kindertagesstätten und Schulen ergeben könnten.

Bzgl. der BP 02 und 03 sind die Elternvertretungen und das Schülerparlament einzubeziehen.

23.04.2025, gez. 

Datum, Unterschrift

Nachhaltigkeitscontrolling ☐ Nein ☐ Ja, siehe Anlage	Demografisches Controlling ☐ Nein ☐ Ja, siehe Anlage			
Finanzielle Auswirkungen ☐ Nein ☐ Ja → ↓	Nutzen/Einsparung ☐ Nein ☐ Ja, siehe Sachverhalt Personal- und Sachkosten (in EUR) / Personalkosteneinsparung (in VbE)			
Deckung im Haushalt ☐ Nein ☐ Ja	Gesamtkosten EUR			
↓				
	2025	2026	2027	2028
Verwaltungshaushalt Einnahmen	EUR	EUR	EUR	EUR
Verwaltungshaushalt Ausgaben	EUR	EUR	EUR	EUR
Vermögenshaushalt Einnahmen	EUR	EUR	EUR	EUR
Vermögenshaushalt Ausgaben	EUR	EUR	EUR	EUR
☐ Deckung siehe Entscheidungsvorschlag				

Fristwahrung

☒ Ja ☐ Nein

Anlagenverzeichnis

Sachverhalt

Grundlage für die vorliegende Drucksache ist die getrennt eingereichte Vorlage zur Prüfung der Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer in der Landeshauptstadt Erfurt.

Auszugsweise aus der entsprechende Drucksache hinsichtlich der Einnahmepotenziale:

Die Stadt Tübingen erhebt für Einwegverpackungen wie Kaffeebecher 0,50 Euro, für Einweggeschirr 0,50 Euro oder 0,20 Euro für Einwegbesteck o.Ä. Mit der kommunalen Verpackungssteuer kann die Stadt Tübingen ein jährliches Steueraufkommen von bis zu einer Millionen Euro bei ca. 90 000 Einwohnern veranlagern [3]. Mit Blick auf die Einwohnerzahl von Erfurt ergibt sich unter der Annahme vergleichbarer Steuersätze ein mögliches Steueraufkommen von ca. 2 Millionen Euro. Ferner wird durch die kommunale Steuer insbesondere eine Lenkungswirkung erzielt, die die Abfallmengen in der Innenstadt durch Einwegverpackungen derart reduziert, dass der Aufwand für die Stadtreinigung in dem Bereich spürbar reduziert wird und der öffentlichen Hand dahingehend ein geringerer Aufwand gegenübersteht. Die Stadt Tübingen unterstützt die Gewerbetreibenden bei der Einführung und Umstellung auf Mehrwegsysteme, insbesondere durch ein kommunales Förderprogramm für Mehrweggeschirr und gewerbliche Spülsysteme [4]. Im Weiteren könnte man im Gegenzug auch die Sondernutzungsgebühren für die Außengastronomie absenken, um hierbei die finanzielle Belastung der Gastronomen durch die Steuer abzufedern und eine Lenkwirkung hin zu mehr Außengastronomie statt Take-Away zum Konsum in umliegenden Parkanlagen o.Ä. anzuregen.

Zum Beschlusspunkt 01:

Durch eine kommunale Verpackungssteuer könnten gesicherte dauerhafte Einnahmepotenziale erhöhen. Der vorliegende Antrag sieht die Notwendigkeit eine solche Verpackungssteuer mit entsprechender Lenkungswirkung, jedoch mutmaßlich auch einer Belastung der Konsumenten aller gesellschaftlichen Schichten, nicht für allgemeine Verwaltungsausgaben, sondern zielgerichtet sozial gerecht zu verwenden.

Ungeachtet des Gesamtdeckungsprinzips im kommunalen Haushalt könnte diese gesicherte, jährliche Mehreinnahme von bis zu ca. 2 Millionen Euro die Spielräume für den Ausbau der kommunalen Daseinsvorsorge erhöhen. Abzüglich muss ein entsprechendes Förderprogramm für Mehrweggeschirr und gewerbliche Spülsystem und die Absenkung der Sondernutzungsgebühren betrachtet werden.

Entsprechend der Beschlusspunkte 02 und 03 soll im Zusammenhang und unter der Maßgabe der Prüfanahmen zur Einführung der Verpackungssteuer geprüft werden, welche Möglichkeiten bestehen und Varianten die nachfolgenden Punkte realisiert werden könnten.

Zu Beschlusspunkten 02 sowie 03:

So könnten die Mittel beispielsweise verwendet werden, um die Belastung bei dem Essensgeld für Kindergartenkinder abzusenken. Hierbei zahlen Eltern, welche nicht bereits einen Rechtsanspruch auf Übernahme der Kosten haben, 124 Euro im Monat und 1.488 Euro im Jahr. Bei unterstellten 8 500 Kindern, die nicht ohnehin einen Rechtsanspruch auf Übernahme haben, könnten 10 Euro im Monat und 120 Euro im Jahr eine spürbare Entlastung für Familien darstellen, die mit Ausgaben von ca. 1 Millionen Euro verbunden wären, die langfristig gegenfinanziert werden müssten.

Zusätzlich könnte mit den Einnahmen aus der Verpackungssteuer die Qualität der Essensversorgung in Erfurter Kindergärten und Schulen weiter gesteigert werden, indem man unter anderem die bereits in überschaubarem Ausmaß vorhandene Fairtrade und Bio-Offensive für Erfurter Kindergärten und Schulen Schritt für Schritt flächendeckend umsetzt. Auch kann grundsätzlich die Essensqualität derart erhöht werden, dass dieses stärker in Anspruch genommen wird und gesünder wird. Hier ließen sich ebenso andere funktionale Modelle finden, welchen andere Kalkulationen zugrunde gelegt werden müssten. Daher bietet sich hier ein Prüfauftrag zur Ermittlung eines geeigneten Modells an.

[1]: <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2025/bvg25-006.html>

[2]: <https://www.tuebingen.de/verpackungssteuer>

[3,4]: <https://kommunal.de/Tuebingen-Verpackungssteuer-rechtens-Erfahrungen>